

Freitag 12.05.2006

Agenturmeldung

Titel	PLZ, Ort	interne Pub.-Nr.	Adresse:
<input checked="" type="checkbox"/> dpa	20148 Hamburg	700200	Deutsche Presse-Agentur GmbH
<input type="checkbox"/> dpa lbn	10117 Berlin	700202	Mittelweg 38
<input type="checkbox"/> dpa lno	20148 Hamburg	700203	20148 Hamburg
<input type="checkbox"/> dpa lni	30159 Hannover	700204	Fax: 040/4113-2219
<input type="checkbox"/> dpa lnw	40217 Düsseldorf	700205	Tel.: 040/4113-0
<input type="checkbox"/> dpa lhe	60327 Frankfurt/Main	700206	
<input type="checkbox"/> dpa lrs	55116 Mainz	700207	
<input type="checkbox"/> dpa lsw	70173 Stuttgart	700208	
<input type="checkbox"/> dpa lby	80331 München	700209	
<input type="checkbox"/> dpa lmv	19002 Schwerin	700210	
<input type="checkbox"/> dpa lah	39104 Magdeburg	700211	
<input type="checkbox"/> dpa lth	99084 Erfurt	700212	
<input type="checkbox"/> dpa lsn	01067 Dresden	700213	

1 erschienene Meldung(en)

bdt 0093 5 pl 149 dpa 4062 0900

Föderalismus/

Konvent für Deutschland: Föderalismus-Reform darf nicht scheitern = Berlin (dpa) - Der Konvent für Deutschland, ein Beratergremium unter Vorsitz von Alt-Bundespräsident Roman Herzog, hat in einem Brief an die Ministerpräsidenten der 16 Länder appelliert, die Föderalismusreform nicht zu gefährden. «Die aktuelle Debatte erfüllt uns mit großer Sorge», schreiben Herzog und sein Stellvertreter, der frühere Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi. Zwar sei der von der Großen Koalition vorgelegte Entwurf nicht vollkommen, aber derzeit habe nur ein Kompromiss Chancen auf eine verfassungsändernde Mehrheit.

Die mühsam erreichte Balance dürfe nicht gefährdet werden. «Der Großen Koalition würde ein entscheidender Rechtfertigungsgrund ihrer Existenz entzogen werden, wenn diese Reform scheitern würde, denn dann wäre auch die Reformfähigkeit Deutschlands auf lange Sicht ernsthaft in Frage gestellt», heißt es in dem Schreiben, das auch an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ging. Eine Reform der Finanzverfassung müsse folgen.

Der Konvent für Deutschland versteht sich als überparteiliches und unabhängiges Beratergremium für die Politik. dpa ki yzzz rh